



## Die Produktivkraft der demokratischen Opposition für Deutschlands „Zeitenwende“

1.

Die Regierung dekretiert eine „Zeitenwende“ hin zu einer militärischen Konfrontation mit Russland und vollstreckt, was sie ansagt: seit einem Jahr Schritt für Schritt ein zunehmend intensives Engagement im Ukraine-Krieg als Finanzier, militärischer Ausstatter, weltpolitisch aktiver, moralisch hyperaktiver Unterstützer des rücksichtslosen ukrainischen Verteidigungskriegs. Und sie versieht dies mit der zusätzlichen Perspektive, Deutschland überhaupt ganz neu zu einer großen militärischen Macht in Europa aufwachsen zu lassen.

2.

Die beiden großen demokratischen Oppositionsparteien tragen das von Beginn an vorbehaltlos mit:

„Sie wissen, dass wir sehr darum bemüht sind, mit Ihnen und den Sie tragenden Koalitionsfraktionen einen gemeinsamen Weg in dieser Zeit einer großen Herausforderung zu gehen... Deshalb, Herr Bundeskanzler, bieten wir Ihnen und Ihrer Regierung an dieser Stelle heute umfassende und konkrete Hilfe und Unterstützung an.“ (Friedrich Merz, 27.2.22)

Weil die Unionsparteien denjenigen Teil der parteienmäßig organisierten, im Parlament vertretenen Opposition darstellen, der seiner Größe nach überhaupt als Alternative zur gegenwärtigen Regierung infrage kommt, seinem Standpunkt nach genau das und nichts anderes sein will: künftige Regierung, steht die Union mit ihrer ohne jedes Zögern erteilten Zustimmung zur Kanzlerlinie praktisch dafür ein und sorgt dafür: Eine Alternative in der Sache, in der quasi-kriegerischen Ausrichtung und Handhabung der deutschen Staatsgewalt, gibt es nicht nach den Regeln der deutschen Demokratie. Abweichende Meinungen, kritische Standpunkte gibt es so einige; die einzige relevante alternative politische Kraft im Prozess der Festlegung und Durchführung der beschlossenen Zeitenwende ist sie. Und weil sie nicht von der Linie der Regierung abweicht, macht sie diese zur verbindlich gültigen Sache der Nation.

3.

Mit ihrer kritischen Masse sorgt sie aber nicht nur dafür, jede potenzielle Alternative zur Zeitenwende in den Bereich des politisch Irrelevanten zu drücken. Sie nutzt das Stück Macht, das ihr nach der demokratischen Geschäftsordnung zukommt, um am Handeln der Regierung in deren Sinn praktisch mitzuwirken. Der Staatshaushalt – dessen Diskussion und Verabschiedung, wie man weiß, das „Königsrecht des Parlaments“ darstellt – mitsamt den verfassungsmäßig vorgeschriebenen Bedingungen seiner Finanzierung bietet ihr die Gelegenheit dazu.

Denn die Wucht der von der Union komplett für richtig gehaltenen Neuausrichtung deutscher Machtentfaltung, die die Regierung anlässlich des Ukraine-Kriegs für nötig hält und in die Wege leitet, und der Umfang der damit verbundenen finanziellen Ansprüche an den staatlichen Haushalt sorgen dafür, dass die Regierungskoalition mit ihrer politischen Entschlossenheit an die Schranken ihrer politischen Macht stößt: Vor die außerordentliche Freiheit von den üblichen Zwängen des Haushalts, die sich Scholz für sein Um- und Ausrüstungsprogramm der deutschen Militärmacht per Sondervermögen verschaffen will, setzen die Verfahrensvorschriften für die Ausstattung der von ihm richtlinienkompetent zu verwendenden staatlichen Finanzmacht eine ebenfalls außerordentliche Hürde: die Pflicht zur Zweidrittelmehrheit für eine nötige Verfassungsänderung. Damit soll, so die List des Grundgesetzes, die staatspolitische Vernunft der Verwendung der vielen neuen Schulden objektiver sichergestellt sein als durch die einfache Mehrheit der paar Parteien, die im Ergebnis der letzten Wahlen und der daraufhin stattgehabten Regierungsbildungsdiplomatie im Moment gerade regieren.

Was der Koalition fehlt, hat die Union zu bieten: die nötigen Stimmen für das Auffüllen der Zweidrittelmehrheit. Damit ist und sieht sich die Unionsfraktion in der Position, dass die ver-

fassungsmäßigen Grenzen der Macht des Regierungslagers an ihr und durch sie praktisch wirksam werden. Im Sinne ihrer Zustimmung in der Sache verspricht sie konstruktive Mitwirkung. Das ist eine Sternstunde für die Christenopposition, weil ihr damit – anders als im parlamentarischen Normalbetrieb – eine Rolle zukommt, die für sie als Opposition eigentlich ja gerade nicht zu haben ist: wirkliches Mitregieren. Den Umstand, dass sie als Union nicht erst bis zur nächsten Wahl warten muss, um dann – durch den Wähler vom schlimmen Los oppositioneller Untätigkeit befreit – tatsächlich legislativ Hand anlegen zu können, verkündet Merz gleich so herum, dass unter seiner Führung die Union gerade bei allem Mitwirken auch gar nicht aufs Opponieren verzichtet. Seine Erfüllungshilfe beim großen nationalen Auftrag versieht er von Beginn an mit dem Zusatz, dass seine Fraktion sich dabei nicht auf die Rolle des Erfüllungshelfers wird festlegen lassen. Er verweigert von vornherein jegliche

„Arbeitsteilung, dass wir für Sie bei den unangenehmen Dingen den Kopf hinhalten und Sie in ihrer Koalition unverändert alle Wohltaten weiter zulasten der jungen Generation verteilen, Herr Bundeskanzler. Das machen wir dann nicht!“

Der Vorbehalt, den der Fraktionschef seiner Unterstützungszusage auf dem Fuß folgen lässt, hat mit der Zeitenwende, die er mittragen will, nicht direkt zu tun: „Wohltaten“ in dem Sinn stehen an der Stelle ja wirklich nicht zur Entscheidung an. Sein kämpferisches „aber“ bezieht sich auf die Lasten, die gemäß seiner staatsmännischen Vernunft als Konsequenz von Deutschlands weltpolitischem Aufbruch keinesfalls nur die „junge Generation“ treffen werden; und zwar nicht nur in dem Sinne, dass er die ausdrücklich mittragen will. Gerade weil das eine deutlich werden soll: dass die Opposition das zweifelsfrei Fällige und Notwendige aus der Opposition heraus voranbringt, beschwört er in der Frage des Preises für das Fällige und Notwendige vorauseilend einen Streit mit der Regierung und kündigt an, in dem nicht klein beizugeben: Mit der Union gibt's die Zeitenwende nur zu dem Preis der Härten fürs Volk, den er dafür fest einkalkuliert, weswegen er verspricht, dafür zu sorgen, dass der Kanzler diesen Preis dem Volk auch wirklich abverlangt – und nicht etwa durch noch mehr Schulden für „Wohltaten“ ein bisschen erspart. So nutzt er aus, dass ohne die Union, obwohl gerade nicht an der Macht, das von der Regierung Beschlossene nicht geht. Auf diese Weise präsentiert sich die Opposition in dieser großen Sache als Garant der Regierungsfähigkeit der Regierung und insofern regierungsfähiger als die Regierung selbst; das ist ihr Erfolg als die große demokratische Alternative für Deutschland. Zugleich, das ist ihr Erfolg für die große demokratische Sache, realisiert und verbürgt sie deren alternativlose Durchsetzung. Diesen oppositionellen Doppelwutts bringt die C-Gruppe nicht bloß deklaratorisch auf die Parlamentsbühne, sondern macht ihn praktisch wahr:

„Sie werden in Zukunft für jedes Gesetz, das Sie hier im Bundestag verabschieden wollen, eine eigenständige Mehrheit brauchen, die CDU-CSU-Bundestagsfraktion ist nicht die Ersatzbank, von der Sie sich beliebigerweise mal Ersatzspieler aufs Spielfeld holen können, wenn Sie Ihre eigenen Mehrheiten nicht bekommen...“

Wenn wir überhaupt zu einer Grundgesetzänderung kommen, dann füllen wir das in der Weise auf, dass dann eine Zweidrittelmehrheit zustande kommt, aber nicht so, dass dann einige von Ihnen hier sagen: „Da machen wir nicht mit, die Union wird's ja schon richten.“ Nein, wir richten es nicht – Sie werden mit jedem einzelnen Abgeordneten ‚ja‘ sagen müssen zu dem, was dann mit der Grundgesetzänderung verbunden sein wird, mit jedem einzelnen!“ (Merz im Bundestag am 23.3.22)

Der Oppositionschef mit seinem Zugriff auf seinen Parlamentarierhaufen erpresst die Regierung gemäß seinen Bedingungen zu dem, was die unbedingt will – ein Highlight demokratischer Gewaltenteilung!

### DISKUSSIONSVERANSTALTUNG

Mittwoch, 3. Mai, 19 Uhr

Studierendenhaus Mertonstraße, Campus Bockenheim, Raum K2

## Das Menschenrecht: Rechtfertigung bürgerlicher Herrschaft aus der „Natur“ der Beherrschten

Es heißt, jeder Mensch habe, auch wenn er vielleicht im Einzelfall sonst nicht viel mehr hat, auf jeden Fall ein paar Rechte: Menschenrechte. Nach allgemeiner Auffassung ist deren wichtigste Eigenschaft, dass sie auch und gerade für den Staat bindend seien, der ja ansonsten die Instanz ist, die bestimmt, welche Rechte und Pflichten wem zukommen. In den Menschenrechten soll also nicht weniger als eine Dienstvorschrift für die Ausübung hoheitlicher Gewalt vorliegen.

Nach ebenso allgemeiner Auffassung ist das eine hervorragende Sache, weil der Mensch sonst schutzlos der Allmacht staatlicher Gewalt ausgeliefert sei. Mit dem Menschenrecht aber seien Staaten bzw. deren Amtsträger bei der Ausübung der ihnen übertragenen Amtsgewalt auf bestimmte Verfahren und Grenzen verpflichtet.

So groß ist die allgemeine Freude über die Selbstverpflichtung moderner demokratischer Staaten auf die Einhaltung dieser menschlichen Naturrechte, dass sie sich durch die Fragwürdigkeiten nicht trüben lässt, die in dieser humanistischen Idee natürlicher Gattungsrechte immerhin auch enthalten sind:

- Die Natur soll den Menschen mit einer handvoll Schutzrechten vor staatlicher Willkür ausgestattet haben: Woher weiß die Natur, dass der Mensch einem Staat unterworfen ist? Und wie kommt sie darauf, dass der von sich aus die Leute zu unterjochen trachtet, wenn ihm keine Schranken gesetzt sind?
- Eine vollständige Verschonung vor staatlicher Gewalt versprechen auch die Menschenrechte nicht. Aber welches Maß an Schonung vor staatlicher Gewalt soll denn der Natur des Menschen entsprechen?
- Ein moderner Staat lobt sich dafür, dass er das Menschenrecht einhält. Nur: Wenn schon der Staat ohne menschenrechtliche Fesselung ein einziger unmenschlicher Willkürapparat sein soll – spricht das dann wirklich für ihn?
- Und wenn der Staat für die Menschen nur dadurch überhaupt erträglich sein soll, dass das Menschenrecht ihm so manches verbietet – sollte das nicht ein paar Zweifel an dem aufkommen lassen, was er sich im übrigen so alles erlaubt?

Vielleicht ist ja die große aufklärerische Idee eines menschlichen Naturrechts, das staatliche Gewalten bindet, tatsächlich nicht mehr als eben dies: theoretisch eine einzige Paradoxie und praktisch zu nichts anderem nütze als zur Verherrlichung genau der Gewalt, die neuzeitliche Staaten für die Durchsetzung ihrer Zwecke für angebracht halten.

4.

Die Mischung aus legislativ praktizierter Zustimmung und erpresserischer Definition von Bedingungen dafür zielt erkennbar darauf, dass sich die Christen-Fraktion als die überhaupt viel bessere Alternative zu denen präsentiert, die sie kraft ihres parlamentarischen Gewichts zur totalen Konsequenz bei der Umsetzung der gemeinsamen Linie bugsieren und gegebenenfalls nötigen will. Ihre tätige Mitwirkung an der gegenwärtigen Politik ist zugleich ihr Einstieg in die – in der Demokratie bekanntlich immerwährende – Agitation dafür, dass sie die zukünftige Politik wieder von den echten Regierungsbänken aus gestalten darf. Denn es bleibt ja dabei: Als Opposition sind die C-ler nur die Ersatzbank, als die behandelt zu werden Merz ausdrücklich ablehnt. Umso mehr kommt es für sie darauf an, auf der Bühne des Parlaments wie überhaupt in der nationalen Öffentlichkeit ihre unentbehrliche Funktion als die Kraft herauszustreichen, ohne die die amtierende Regierung permanent das richtige Regieren schuldig bleibt – was, wie gesagt, zwei Effekte hat: Sie wirbt für sich selbst als die bessere Alternative für den Vollzug der Zeitenwende – und bekräftigt so zugleich deren absolute Alternativlosigkeit.

In diesem Doppelsinn inszenieren Merz & Do-brindt sich und die von ihnen geführte Fraktion als die eigentlich zuverlässige Stütze der zweifelsfrei gebotenen Zeitenwende, als die parlamentarischen Einpeitscher in Sachen Geschlossenheit, die es wegen der – genau damit an die Wand gemalten – Unzuverlässigkeit der Regierungsfractionen und der damit ebenfalls als offenkundig vorgeführten Führungsschwäche des Kanzlers unbedingt braucht.

Das ist dann auch die Vorgabe für die Stoß-

richtung der unionsoppositionellen Anti-Regierungs-Kritik in jedem einzelnen Unterfall. Die zielt noch stets darauf, Schwächen der Regierung bei der Durchsetzung ihrer Politik aufzudecken, anzuprangern, notfalls zu erfinden, im besten Fall – nämlich wenn die Regierung wieder auf die Zustimmung der Opposition angewiesen ist – praktisch auszunutzen.

– Verlauf und Stand des Krieges auf dem ukrainischen Schlachtfeld lassen es den um dessen antirussische Leistung bemühten Planern und Strategen auch in Berlin irgendwann als notwendig erscheinen, die Ukraine auch mit Kampfpanzern aus eigenen Beständen und Fabriken auszustatten. Alle wissen, dass das ein bedeutender Fortschritt des westlichen Engagements in einem Krieg ist, der immer noch kein westlicher sein und werden soll. Alle wissen, was daran nicht nur an Aufwand hängt, der die eigentliche Lieferung der feinen Gerätschaften weit überschreitet, sondern auch, dass damit das Risiko steigt, dass Russland diese nächste Eskalation endgültig als Kriegseintritt Deutschlands auffassen und beantworten könnte.

Angesichts dessen lässt es sich die C-Opposition angelegen sein, jedes Moment von Abwägung neuer konfrontativer Entscheidungen als Entscheidungsschwäche zu beschimpfen und jede Form des Bemühens um bündnisinterne Koordination aller Eskalationsschritte als, bestenfalls, unverständliches Zögern – „Wir wissen ja gar nicht, warum Scholz so zögert.“ (Merz) – oder, schlimmstenfalls, als Feigheit – „Die Feigheit von Scholz ... hat bereits viele Tausende Menschen das Leben gekostet.“ (Michael Brand, Fuldaer Zeitung, 25.1.23) Der Umstand, dass auch die deutsche Regierung im Laufe des letzten Jahres ihre Risikofreude gesteigert und die damit verbundenen ‚roten Linien‘ ▶

► weit verschoben hat, kann eine solche Opposition natürlich nicht milde stimmen: Gerade darin sieht sie jede ihrer vorangegangenen Nörgeleien im Nachhinein durch die Regierung selbst ins Recht gesetzt. So streicht sie auf Basis der geteilten Feindschaft gegen Russland immer wieder neu heraus, dass nicht nur diese Feindschaft selbst, sondern auch die ihr offenbar innewohnende Logik der Eskalation alternativlos und damit sie als Opposition eigentlich deren besserer Sachwalter ist, weil sie immer schon – gegen die Regierung! – auf die Konsequenz im Standpunkt drückt, die es dafür braucht. So sieht am Ende der Leopard-2-Beschluss wenigstens ein bisschen wie die Leistung eines christdemokratischen Machtworts aus der Opposition heraus aus.

– Eine andere Variante seines Auftritts als die bessere Scholz-Alternative lässt sich Merz zu der Einrichtung eines ersten LNG-Terminals einfallen, für deren rasante Erledigung die Regierung sich selbst heftig lobt, womit sie dem oppositionellen Standardvorwurf „Tut nix und wenn, zu langsam“ zuvorkommt.

„Den Neubau der A45-Brücke Rahmedetal jetzt ebenso stark zu forcieren wie die Errichtung des gerade eingeweihten LNG-Gasterminals in Wilhelmshaven: Mit dieser Forderung im Gepäck will der CDU-Bundvorsitzende Friedrich Merz in der kommenden Woche nach Lüdenscheid kommen. „Meine Botschaft wird sein: Was in Wilhelmshaven möglich war, muss auch in Lüdenscheid möglich sein“, erklärte Merz am Samstagmittag in Menden-Lendringsen.“ (Westfalenpost, 17.12.22)

Auf ein LNG-Terminal in Norddeutschland zu verweisen, um sich über den Dauerstau bei Lüdenscheid zu beschweren, ist nur auf den ersten Blick ein verwirrter Gegenstandswechsel, in Wahrheit Bestandteil des Geschäfts einer seriösen demokratischen Opposition. Sie nimmt die Gelegenheit wahr, eine sehr allgemeine und grundsätzliche, leicht abrufbare Unzufriedenheit mit der nationalen Infrastruktur und ihrer Verwaltung aufzuwecken und kritisch auf die Regierung, nämlich ausgerechnet auf deren über jede auch oppositionelle Kritik erhabene Glanzleistung bei der Erdgasbeschaffung zu beziehen. Sie bringt damit sich als Anwalt der wie auch immer Unzufriedenen und Anwalt des Bürgerrechts auf Unzufriedenheit mit „den Behörden“ in Erinnerung, wie es zu den langweiligen Standardaufgaben einer demokratischen Oppositionspartei gehört. Sie setzt die Regierung ganz extra ins Unrecht mit dem Hinweis, dass an einer wirklich wichtigen Stelle doch geht, was die Regierung an so vielen anderen, ebenfalls wichtigen Stellen sträflich verabsäumt. Und was – leider nur ausnahmsweise – geht, wenn die Regierung einmal, wenigstens ein Mal, dem oppositionellen Effizienzgebot Folge leistet, ist damit einmal mehr als alternativlos gute Sache bestätigt: eine Ohrfeige für Putin, der die Deutschen frieren lassen wollte!

— So richtig in ihrem Element ist die C-Fraktion da, wo es ganz direkt um die einzige Frage geht, die wirklich vom Wahlvolk zu entscheiden ist: die periodisch fällige Bestellung des für die Herrschaft an der Spitze nötigen Personals. Sie hilft bei

der Urteilsfindung, ob die regierungsamtlich Zuständigen auch Anerkennung als zum Regieren geeignetes Personal verdienen, indem sie sich alle Mühe gibt, die Amtsinhaber als Versager schlechtzumachen, sodass der Wähler sich seiner Obrigkeit schämen muss. Dafür nimmt die Opposition sich die Verteidigungsministerin vor, die das Aufrüstungsprogramm der Regierung verantwortlich verwaltet und als Person repräsentiert. Alles, was die Opposition an Mängeln bei der Durchführung des Programms aufdeckt und anklagt – zu wenig, zu langsam ... –, macht sie nicht nur als Schwäche der Frau Lambrecht im Amt, sondern als persönlich verschuldetes peinliches Versagen dingfest. Alle Momente ihrer Amtsführung im engeren und weiteren Sinn werden für die Opposition zum Ausweis dessen, dass Lambrecht als Mensch ungeeignet ist für das Amt, das sie – leider und leider rechtmäßig – innehat. Entscheidungen, die sie von Amts wegen trifft, leisten nach dem gehobenen Geschmack christlicher Kommissköpfe diesen Beweis gerade so deutlich wie die Garderobe, in der sie das Amt ausübt, oder gewisse Unschärfen bei der ordnungsgemäßen Durchführung und Abrechnung von Dienstreisen. Die oppositionellen Wehrexperthen und Ersatzminister geben sich monatelang dem Genuss hin, die Amtsperson zum Gegenbild dessen zu stilisieren, was nach ihrer Auffassung das Recht des Amtes ist: „mit dem Auftrag fremdelnd“, „an der Truppe nicht interessiert“, „mit der Materie unvertraut“, „im eigenen Hause unbeliebt“ ... und zum Schluss noch das selbstdarstellerische „Peinlich-Video“, mit dem sie nicht nur sich, sondern „Deutschland blamiert“...

Was kommt dabei heraus? Als Erstes eine Apotheose des Amtes, vor dessen Anforderungen sich die Ministerin so gründlich blamiert; auf die Art einmal mehr die Heiligung der Aufgaben, die dem Amt mit der Zeitenwende der Nation gestellt sind. Und ganz praktisch ein neuer Amtschef von der Art, wie der eminent wichtige Posten und dessen erstrangig wichtige Sache es brauchen und verdienen; eine glaubwürdige Charaktermaske des Gewaltapparats, unter dessen Runderneuerung das Volk sich sicher fühlen darf. Der Nachteil für die Opposition, die sich mit dem negativen Personenkult um Frau Lambrecht so viel Mühe gegeben hat: Ausgewählt und eingesetzt hat den Mann der Kanzler. Was der auf seine Art als seine souveräne Entscheidung auch vorführt – ja bis hinein ins Getue um Ort und Zeitpunkt der Verkündung der frohen Botschaft „Wir haben einen Pistorius!“ regelrecht zelebriert. Aber immerhin: Er hat auf eine Kritik der Opposition reagiert – musste schließlich doch auf einen Vorwurf reagieren –, die auch ihn im Rückblick ganz schlecht aussehen lässt:

„Scholz habe ursprünglich mit Lambrecht die Truppe weiter schwächen wollen. Frau Lambrecht sollte ja den Kurs der SPD in der Verteidigungspolitik mit dem ungeliebten Kind Bundeswehr fortsetzen: unauffällig, ambitionslos und mit einem immer weiter sinkenden Etat. So hatte es der damalige Bundesfinanzminister Olaf Scholz in der Finanzplanung für die Bundeswehr ja auch vorgesehen.“ (Merz lt. Merkur, 14.1.23)

## Die Lohnfrage in schweren Zeiten

### Herrschaftliche Klarstellungen zur Notwendigkeit inflationärer Verarmung

Der Westen führt einen Wirtschaftskrieg gegen Russland, die führenden westeuropäischen Demokratien setzen ihre bisherigen Wirtschaftsbeziehungen als Waffe gegen die Energiegroßmacht ein – und die angekündigten „schweren Zeiten“ an der Heimatfront stellen sich prompt ein. In unterschiedlicher Ausprägung, aber doch überall in Europa, kommt es zu einer in dieser Geschwindigkeit ungekannten Verarmung der Völkern, wie sie der Marktwirtschaft würdig ist: In der Abteilung Energie überführen die Akteure des Marktes die politisch hergestellte oder auch bloß die erwartete Verknappung des Angebots an Energieträgern in höhere Preise, die die kommerzielle Kundschaft aus allen möglichen anderen Abteilungen auch zahlt, um ihrerseits auch fortan lohnende Geschäfte zu machen. Dazu „reicht“ sie ihre gestiegenen Einkaufspreise mindestens „weiter“, wenn nicht gleich mit Aufschlag. Wie umfassend und wie erfolgreich sie das tut, das bekommt die Sorte Marktteilnehmer, die am Ende aller marktwirtschaftlichen Ketten die Preise nur zahlt, um das Erworbene zu konsumieren, in aller Härte zu spüren; zuerst an der Tankstelle, dann im ganzen Supermarkt und schließlich über die Abschlagsrechnungen der Energieversorger. Schwarz auf weiß bekommen sie den Grad ihrer Verarmung in den Statistiken über die Inflationsrate des nationalen Geldes vorgerechnet, mit der sich der Monatslohn entwertet, von dem sie leben

müssen, es aber immer schlechter können.

Natürlich werden die Leute damit in einer sozialen Marktwirtschaft, die etwas auf sich hält, nicht alleingelassen. In ihrer Eigenschaft als Sozialpolitiker legen die nationalen Machthaber „Entlastungspakete“ und „Kaufkraftgesetze“ auf, die jede Zumutung immer gleich mit einer passenden Maßnahme flankieren. Sie machen damit die Vorgabe, dass der Schaden, den sie nach ihrem Ermessen abmildern, die neue Realität ausmacht, an die die Völker sich anzupassen haben. Und natürlich ist es in der freien Marktwirtschaft der lohnabhängigen Mehrheit auch nicht verboten, gegen den allemal bleibenden Schaden anzugehen, sondern ihr ist dafür längst ein Weg gewiesen: Die Gewerkschaften sind für die immer wieder fällige Korrektur der vertraglich ausgemachten Entgelte für unselbstständige Arbeit zuständig und reagieren auf die neue Lage.

In Frankreich gibt es mit der Confédération générale du travail (CGT) einen maßgeblichen Gewerkschaftsverband, der die Parole „Die Krise darf nicht auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen werden!“ (CGT, 9.11.22) zur Richtschnur erhebt. Schon die Praxis der Unternehmen, sich in der Inflation durch beständige Preiserhöhungen auf Kosten der Arbeiter schadlos zu halten, will die CGT nicht gelten lassen:

„Die Regierung sollte die Preise einfrieren, damit die

Insoweit haben Merz & Co in dieser Herzensfrage eines glaubwürdig wehrhaften neuen Deutschland doch wieder mitgewirkt.

5.

Die kleinen Oppositionsparteien – AfD und Linkspartei – sind in ihrer Position nicht minder wichtig.

Sie repräsentieren die von der großen Oppositionsfraktion nicht aufgegriffene und bediente Unzufriedenheit im Wahlvolk; in all der Freiheit, die ihnen wegen ihrer Ferne von der Macht, also von der Chance zu aktiver Mitwirkung am Regierungsgeschäft zukommt, also mit viel potenzieller Ausstrahlung bis weit hinein in die linken und rechten Ränder von Volkes politischem Gemüt. Im gegebenen Fall artikulieren sie die Bedenken gegen die „Zeitenwende“. Die AfD kritisiert das Fehlen jedes nationalen Nutzens und sieht gar einen extremistischen Internationalismus im Spiel, der die Bündnissolidarität über die Belange des deutschen Volkes stellt und die geliebte deutsche Nation einem seit Ende der Blockkonfrontation nicht mehr dagewesenen strategischen Risiko aussetzt. Die Linkspartei sieht einen Bruch mit jeder nunmehr nur noch einsam von ihr hochzuhaltenden Tradition ziviler, auf Ausgleich setzender Außenpolitik in alle Himmelsrichtungen, beschwört ebenfalls die Gefahr unkontrollierbarer Eskalation und stellt die unter Linken üblichen Aufrechnereien von Rüstung mit Kita-Plätzen, Schwimmbädern und Pflegepersonal an – jetzt eben auf dem von Regierungskoalition und CDU/CSU-Opposition vorgegebenen Niveau dreistelliger Milliardenbeträge.

Das Entscheidende an dieser Sorte von fundamentalen bzw. fundamental begründeten Einwänden: Sie repräsentieren solche Unzufriedenheit als machtlose Kleinparteien. Sie realisieren damit den Stellenwert dieses Nicht-Einverständnisses mit der Macht in der Demokratie, nämlich als rechtlich zulässige, mit den jeweils vorgesehenen parlamentarischen Rede-, Kontroll- und Fragerechten versehene und gerade auf diese Weise praktisch irrelevante Minderheitsposition. So beheimaten sie die von ihnen Vertretenen in der Demokratie, die deren Bedenken in Sachen Krieg und Rüstung praktisch ungültig macht.

Die wirkliche, in ihrer parlamentarischen Randständigkeit politisch formvollendete Irrelevanz kompensieren sie auf der einen Seite durch agitatorische Manöver mit dem Ziel, auf sich als aufrechte Vertreter vernachlässigter bis unterdrückter abweichender Meinungen aufmerksam zu machen. Die Kluft zwischen politischem Anspruch und parlamentarisch-rechtlicher Wirklichkeit füllen sie dabei agitatorisch zielgerichtet mit allerlei Versuchen, die eigene Minderheitenrolle als umso entschiedenerer Vertreterschaft für einen eigentlichen Volkswillen erscheinen zu lassen, dem sie darum gern auch die Größenordnung einer schweigenden oder vom Establishment einfach nicht gehörten Mehrheit nachsagen. Auf der anderen Seite besitzen sie dann doch auch wieder genügend demokratische Reife und den entsprechenden Realismus, um der Logik des Machtkampfs zu folgen,

den die Demokratie für Oppositionelle bereitstellt: Der Machtkampf ist einer um Wählerstimmen für Parlamentsmandate; und seine Logik ist die der immanenten Kritik, die die regierenden Konkurrenten am Ideal effizienter Amtsausübung misst und schlechtmacht, um die eigenen Leute als die bessere Besetzung zu empfehlen. In ihrem aktuellen Bemühen, ihre Position als ohnmächtige Minderheit wenigstens zu konsolidieren, hauen AfD und Linkspartei deswegen nicht nur auf den Putz, bis – derzeit nur rechts außen – der Verfassungsschutz vorbeischaute, sondern äußern sich daneben zum Beispiel so:

„Die Regierungsmitglieder Scholz, Habeck und Lindner werden sich dafür loben, das Terminal in Rekordzeit erstellt zu haben. Aber die hausgemachte Energiekrise ist dadurch nicht gelöst. Fünf Milliarden Kubikmeter Flüssiggas pro Jahr decken nur sechs Prozent des deutschen Gasbedarfs. Woher und mit welchen Spezialschiffen das benötigte Gas künftig nach Wilhelmshaven geliefert wird, ist nicht abschließend geklärt.“ (Tino Chrupalla)

Oder so:

„Die Linkspartei warnt davor, dass die Bürger:innen für die teure Finanzierung des rasch vorangetriebenen Ausbaus der LNG-Infrastruktur aufkommen müssen. Der Steuerzahler darf am Ende nicht die Kosten für die extrem teuren schwimmenden Terminals bezahlen, während private Gasimporteure das große Geschäft machen“, sagte Victor Perli, der haushaltspolitische Sprecher der Linksfaktion, der taz. Für die staatlichen LNG-Terminals sind im Haushalt des Bundeswirtschaftsministeriums 10 Milliarden Euro vorgesehen – ursprünglich waren es 3 Milliarden Euro. „Ein Ende der Kostenexplosion ist nicht in Sicht, zumal die Ampelkoalition sich über Jahrzehnte binden möchte und überdimensioniert einkauft.“ (taz.de, 24.1.23)

So ergänzen die radikalen Minderheitsparteien ihre „Fundamentalopposition“ gegen die stellvertreter- und wirtschaftskriegereische deutsche Konfrontationslinie gegen Russland um den Vorwurf an die Regierung, bei der Bewältigung, ja überhaupt bei der Eindämmung und Beherrschung der Folgen dieser neuen, strategisch risikoreichen und ökonomisch teuren Generallinie zu versagen. Damit verknüpfen sie den Standpunkt radikaler Unzufriedenheit mit der herrschenden Politik nach rechts und links mit dem konstruktiven Angebot an verärgerte Patrioten und enttäuschte Zukurzgekommene, sie hätten – wenn sie dürften – die Zeitenwende und ihre Konsequenzen besser im Griff als die ändern. Den Widerspruch, den sie sich damit leisten, wickeln sie ab in Fraktions- und Flügelkämpfen – und landen praktisch bei den zwei komplementären Arten nachzuweisen, dass der letzte Sinn und Zweck des Opponierens darin liegt, als Opposition glaubwürdig die eigene Regierungsfähigkeit zu inszenieren. Und dass Regierungsfähigkeit aus der Opposition heraus nichts anderes heißt als mehr Effizienz beim Regieren einzufordern und zu versprechen – was denn auch sonst. ◀

Unternehmen mit ihren Gewinnen für die Kosten der Inflation aufkommen. Angesichts ihrer Rekordgewinne ist das absolut möglich.“ (CGT, 13.9.22)

Auf der Einkommenseite fordert sie von der Regierung die Erhöhung des Mindestlohns auf 2000 Euro brutto sowie die sofortige Wiedereinführung der 1983 abgeschafften automatischen Kopplung (Indexierung) aller Löhne und Renten an die Inflation.

Dass die amtierende Regierung „auf die sozialen Notlagen und zunehmenden Ungleichheiten nur mit wirkungslosen Scheinmaßnahmen wie dem Kaufkraftgesetz“ reagiert und „bei den Leistungen für Arbeitslose und der Anhebung des Renteneintrittsalters ihre sozial rückschrittliche Politik“ sogar fortsetzt (CGT, 28.10.22), bestätigt die CGT nur darin, dass sie sich der weiteren Verschlechterung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Klasse wirksam entgegenstellen muss:

„Die CGT legt in den Lohnkämpfen größten Wert darauf, dass es um die Reallöhne geht... In einem ersten Schritt muss sichergestellt werden, dass die Löhne mit den Preissteigerungen Schritt halten.“ (CGT, 8.6.22) Die auch in Frankreich übliche Warnung vor einer Lohn-Preis-Spirale lässt sie dabei schlicht nicht gelten:

„Es gibt keinen Automatismus bei diesem Teufelskreis. Tatsächlich verpflichtet nichts die Unternehmen dazu, Lohnerhöhungen auf ihre Preise abzuwälzen.“ (CGT, 11.11.22)

Die CGT hält daran fest, dass ihre Forderungen nach Lohnerhöhungen absolut gerechtfertigt sind, und zettelt Lohnkämpfe an, wo sie kann. Der prominenteste davon legt zwischenzeitlich das halbe Land lahm: Für die Beschäftigten der Raffinerien, voran die des nationalen Energieriesen TotalEnergies, verlangt die CGT Lohnverhandlungen außerhalb des üblichen Turnus, einen Ausgleich der Inflation und drei Prozent obendrauf als Beteiligung der Belegschaft an den exorbitanten Gewinnen. Als die Arbeitgeberseite Verhandlungen rundheraus ablehnt, organisiert sie Streiks, die schließlich fünf der sechs französischen Raffinerien lahmlegen und damit wirkungsvoll die Benzinversorgung durcheinanderbringen.

Der Konzern besteht dagegen auf den gültigen Tarifen und damit auf dem Nutzen, den die im Unterschied zu allen anderen Kalkulationsgrößen stagnierenden, also real verringerten Arbeitskosten für die Unternehmensbilanz leisten, die dank der hohen Energiepreise gerade so erfreulich ausfällt. TotalEnergies hat nichts zu verteilen, sondern die Gewinne längst verplant. Die gehören schließlich den Anteilseignern, an die mittels Sonderdividende 2,62 Mrd. Dollar ausgeschüttet werden, und sind ansonsten für Investitionen in neue Quellen von wachsenden zukünftigen Erträgen da.

Der Umstand, dass der eskalierende Lohnkampf das nationale Verkehrs- und Transportwesen und damit die Mobilität als Grundbedin- ▶

## farbeROT empfiehlt:

— Nach einem Jahr Krieg in der Ukraine sind ungefähr so viele russische Soldaten tot oder kaputt, wie vor einem Jahr zur „militärischen Sonderoperation“ angetreten sind. Wofür? Präsident Putin erklärt es, wieder und wieder: für die Wiederherstellung eines intakten russischen Vaterlands; und für die Sicherheit der Nation als strategische Macht gegen ihre existenzielle Bedrohung durch die NATO. Im Westen wird beides als absurd zurückgewiesen; nicht mit Argumenten, sondern von dem festen Standpunkt aus, diese Begründungen wären nichts als Rechtfertigungen, die erst gar keine ernsthafte Befassung verdienen.

Ach wenn es nur das wäre! Beim Wort genommen, sind es klare Offenbarungseide darüber, was „Vaterland“ und „strategische Macht“ für monströse Imperative sind.

— Nach dem ersten Kriegsjahr ist die Ukraine verwüstet; einen beträchtlichen Bevölkerungsanteil hat die Regierung ihrem Kampf gegen die russische Invasion geopfert. Wozu? Präsident Selenskyj erklärt es täglich: Ohne standhaftes Töten und Sterben gäbe es die Ukraine als selbstständigen Staat nicht mehr. Das gilt als unbedingt anzuerkennende Rechtfertigung aller Opfer, als das Nonplusultra eines gerechten Kriegsgrunds.

Und so viel stimmt daran: Der Held der nationalen Verteidigung offenbart, was für eine monströs mörderische Angelegenheit die Herstellung, Wahrung und Rettung einer veritablen Nation ist. Mit dem Vorwurf des „Völkermords“ an die russische Adresse betont er noch eigens, dass die Bewohner seines Herrschaftsgebiets ihre Lebensbestimmung genau darin haben, *als Volk* vollständig unter die von ihrer Herrschaft definierte „nationale Identität“ subsumiert zu sein.

— Nach einem Jahr „Zeitenwende“ registriert der Westen die Kosten seines Einsatzes gegen Russland in der Ukraine: den Schaden für das Wirtschaftswachstum, den er organisiert hat; den absehbar langfristigen Aufwand für Waffen und die Fiktion eines ukrainischen Staatshaushalts; die Fluchtbewegung, die er managt; auch Schäden und Leichen auf ukrainischer Seite kommen vor in der Bilanz. Wofür das alles? Die Zuständigen können es gar nicht oft genug erklären: Mit der Gewalt, die sie mobilisieren, retten sie die europäische und überhaupt die globale *Friedensordnung*. Was für ein edler Grund!

Auch das: Was für ein Offenbarungseid! In der Staatenwelt für Ordnung sorgen ist eine Sache, die der Westen sich nicht nehmen lässt. Nötig ist dafür ein Monopol auf den Einsatz *kriegerischer Gewalt*, das ohne den rücksichtslosen *Einsatz überlegener* Militärgewalt gar nicht zu haben ist. Mit

# GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

## 1-23

Die Ukraine wird verwüstet,  
der Westen kämpft um eine geeignete Fortsetzung  
**Das zweite Kriegsjahr darf beginnen**

Die Produktivkraft der demokratischen Opposition  
für Deutschlands „Zeitenwende“

**Die Lohnfrage in schweren Zeiten**

Herrschaftliche Klarstellungen zur  
Notwendigkeit inflationärer Verarmung

**Letzte Generation**

Ein radikaler Aufstand des Gewissens  
trifft auf das gute Gewissen der Herrschaft

**„Io sono Giorgia“**

Giorgia Meloni sagt Italien den Kulturkampf an

Katar 2022: Die unbeliebteste WM aller Zeiten

Rücksicht nur darauf, dass die Kosten, der Verschleiß, die fälligen Menschenopfer möglichst allein von anderen zu tragen sind.

— Schließlich: Seit einem Jahr beteuern die Macher des Ukraine-Kriegs allesamt unablässig, dass ihre Kriegsbeteiligung unbedingt notwendig ist. Warum? Weil die jeweils andere Seite sich in böser Absicht an dem heiligen Gut vergreift, für das man selbst in den Krieg zieht. Jeder reagiert *nur* auf eine nicht hinnehmbare Bedrohung, eine brutale Aggression.

Und wenn es tatsächlich so ist? Nämlich so, dass für jede Partei ihre vitalen *Staatsinteressen* mit denen der Gegenseite *unvereinbar sind*? Alle Gegner berufen sich auf einen Sachzwang zum Kriegseinsatz, auf ein absolut unverzichtbares Recht darauf, und offenbaren damit tatsächlich das eine: die *Unvereinbarkeit der Rason*, der sie als Militärmächte folgen – also von Inhalt, Sinn und Zweck dessen, was ihre Nation, ihre Weltmacht, eine ihnen gemäße Weltordnung ausmacht –, mit der entsprechenden Rason ihres Feindes.

Die *Notwendigkeit* des Ukraine-Kriegs, die sie beschwören, ist ihr *guter* Grund, über Leichen zu gehen. Was auch sonst: Sie wären ja nicht die verantwortlichen Exekutoren der existenziellen Interessen ihres Herrschaftsgebildes, wenn ihnen die unbedingte Affirmation dieser Interessen nicht absolut selbstverständlich wäre. Das unbedingte professionelle Ja zum Rechtsanspruch auf rücksichtslose Durchsetzung des nationalen Daseinszwecks mit aller verfügbaren Gewalt ist die Prämisse ihres Amtes und das Prinzip des dazu erforderlichen falschen Bewusstseins, nämlich des patriotischen Verantwortungsbewusstseins, mit dem sie es ausüben. Umgekehrt: aus den *guten* Gründen, die die kriegswilligen Macht- und Befehlshaber für ihre Militanz geltend machen, ist auf die wirkliche Notwendigkeit des Krieges, seinen Grund in der imperialistischen Natur der engagierten Mächte zu schließen. Dann versteht man auch die überwältigend zynischen Berechnungen besser, die von den Präsidenten und Kanzlern und ihren Strategen angestellt und im Kriegsverlauf umgesetzt werden – und erspart sich falsches Verständnis wie ebenso verkehrtes Unverständnis.

Darum bemüht sich die Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT in sämtlichen Ausgaben seit Beginn des Krieges (siehe [gegenstandpunkt.com/krieg-ukraine](http://gegenstandpunkt.com/krieg-ukraine)). Die Nummer 1-23 setzt das fort mit einem Artikel zur Antwort des Westens auf die Phase der Kriegsführung, die die russische Seite im Herbst eröffnet hat.

### Der aktuelle GEGENSTANDPUNKT ist ab sofort im Buchhandel oder beim Verlag erhältlich.

FRANKFURT: Autorenbuchhandlung • Hugendubel • Karl Marx • Land in Sicht • Naumann & Eisenbletter • Ypsilon • DARMSTADT: Georg Büchner • Bessunger • GRIESHEIM: Schlapp • SEEHEIM-JUGENHEIM: Gutenberg • MARBURG: Lehmanns • Buchhandlung am Markt • Roter Stern • MAINZ: Cardabela • BAD HOMBURG: Hugendubel • GIESSEN: Bahnhofsbuchhandlung • RODGAU-JÜGESHEIM: Bücherstube

Druckausgabe: 15 € - ISSN-Nr. 0941-5831 - E-Book (pdf, epub, mobi): 10 € - Paket: 18 €

Bestellungen direkt beim Verlag unter [www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com)

Ältere Ausgaben der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT sind dort frei recherchierbar.

► gung des nationalen Lebens und Wirtschaftens in Mitleidenschaft zieht, ruft die französische Regierung auf den Plan. Die fordert die Streitparteien zur Einigung auf – und macht zielsicher die Gewerkschaft dafür verantwortlich, dass eine solche ausbleibt. Zur Lohnforderung selbst bezieht die Staatsmacht dabei explizit nicht Stellung. Als Ordnungsinstanz befindet sie das Angebot des Konzerns, Lohnverhandlungen um einen Monat vorzuziehen, wenn die CGT die Streiks sofort beendet – also ihre Machtmittel aus der Hand gibt –, für hinreichend kooperativ, den Streik der CGT hingegen für unzulässig, und zwar praktisch: Die Staatsgewalt bricht ihn, indem sie ganz legal Arbeiter dienstverpflichtet. So stellt der Staat klar, dass die Unverzichtbarkeit ihrer Arbeitsleistungen allein die Raffineriearbeiter verpflichtet, nämlich darauf, ihre Leistung pflichtschuldig zu erbringen. Keineswegs verpflichtet die Wichtigkeit dieser Jobs den Arbeitgeber oder den Staat selbst als Garanten der nationalen Benzinversorgung, auf die gewerkschaftlichen Lohnansprüche einzugehen.

Auf Grundlage der Entwaffnung der CGT fordert die Regierung Macron ultimativ eine Tarifeinigung, die sie wie bestellt am nächsten Tag von den Gewerkschaften CFE-CGC und CFDT auch bekommt: Am Streik nicht beteiligt, aber zusammen in einer Mehrheitsposition bei TotalEnergies, bedürfen die den Anspruch auf Reallohnsicherung in einer neuen Lohnvereinbarung über angeblich sieben, laut CGT faktisch nur fünf Prozent mehr Lohn plus einer Einmalzahlung zwischen 3000 und 6000 Euro. Praktisch ausgebootet kündigt die CGT eine Fortsetzung der Streiks bei TotalEnergies an, woraufhin ihr der Wirtschaftsminister ausdrücklich den Kampf ansagt:

„Die Treibstofflager müssen freigegeben werden, ebenso die Raffinerien, die blockiert sind. Dienstverpflichtung muss als Mittel genutzt werden, und es muss dafür gesorgt werden, dass wie in jeder Demokratie die Stimme der Mehrheit mehr gilt als die Stimme der Minderheit... Die Zeit für Verhandlungen ist vorbei. Es gab Verhand-

lungen und eine Vereinbarung... Versetzen Sie sich in die Lage der anderen, der Mehrheits-Gewerkschaften, die sich durchgesetzt haben und jetzt sagen: Moment, wir möchten wieder an die Arbeit gehen, wir haben erreicht, was wir wollten. Versetzen Sie sich in die Lage von Millionen unserer Landsleute, die von einer Handvoll Personen blockiert werden, die die Stimme der Mehrheit nicht respektieren. Der Stimme der Mehrheit muss Geltung verschafft werden, denn es geht um unsere soziale Demokratie.“ (Bruno Lemaire, 17.10.22)

Das ist in der Tat vorbildlich demokratisch. Das ist nämlich erstens die Heuchelei eines anspruchsvollen Regenten: Er bekämpft die sperrigen Ansprüche einer Gewerkschaft und besteht auf profitdienen Reallohneinsparungen, um das reibungslose Funktionieren des Standorts zu sichern, handelt dabei aber recht eigentlich bloß im Dienste einer verhinderten Mehrheit. Heuchelei ist aber zweitens sein gutes demokratisches Recht: Anders denn als stumme Berufungsinstanz für die freien Beschlüsse der Regierung kommt die „Stimme der Mehrheit“ ohnehin nicht „zur Geltung“.

In Großbritannien löst die Inflation eine ganze „cost of living crisis“ aus. Die Gewerkschaften aus dem öffentlichen bzw. ehemals öffentlichen Sektor verwahren sich dagegen, dass die arbeitende Bevölkerung „den Preis einer Krise bezahlen muss, die sie nicht verursacht hat,“ und überführen das in die Forderung: „Britain needs a pay rise“ ... (Der Abschnitt zu Großbritannien ist nachzulesen in GEGENSTANDPUNKT 1-23.)

Und in Deutschland? Da weiß der Kanzler, was er an einem DGB hat, der sich umstandslos den Standpunkt zu eigen macht, die Nation sei von einer durch Putin herbeigeführten Notlage betroffen und müsse zusammenstehen, um die unausweichlichen Folgen des alternativlosen Wirtschaftskriegs zu bewältigen. In einer Konzertierten

Aktion schwört er die Gewerkschaften auf das ein, was im Rahmen dieser nationalen Schicksalsgemeinschaft für sie und ihre Klientel vorgesehen ist: Die Arbeitnehmer haben die Inflation im Wesentlichen auf ihre Kappe zu nehmen, weil alles andere dem Standort schaden, dem Land nämlich noch mehr Inflation und der Wirtschaft eine Rezession bescheren würde. Dieser zum Bild einer ewig drohenden Lohn-Preis-Spirale geronnenen Botschaft begegnen die Gewerkschafter mit dem stolzen Verweis auf ihre verantwortliche Lohnpolitik. Sie trifft ganz sicher keine Schuld an der grassierenden Inflation und dabei soll es bleiben. Der Kanzler steuert noch die Idee bei, inflationsgemäß-unternehmensfreundliche Lohnvereinbarungen in Zukunft vornehmlich durch Einmalzahlungen zu realisieren, und lässt schon einmal ganz unverbindlich 3000 Euro steuer- und abgabenfrei stellen. Turnusgemäß ist die IGBCE als Erste an der Reihe, den Geist der Konzertierten Aktion mit tarifpolitischem Leben zu füllen, und meldet nach dreitägigen Verhandlungen „Mission erfüllt“:

„In dieser historischen Ausnahmesituation mit ungekannten Inflationsraten und drohender Rezession haben die Tarifparteien Verantwortung für die Beschäftigten, den Industriestandort und die Binnennachfrage zugleich übernommen... Die Menschen profitieren vom attraktiven ‚Brutto-für-Netto‘-Angebot der Bundesregierung genauso wie von der höchsten Tarifierhöhung in der Chemie seit mehr als 30 Jahren. Zusammen mit den staatlichen Entlastungspaketen und der unter IGBCE-Vorsitz entwickelten Gasprelsbremse lässt sich so der finanzielle Druck auf die Chemie-Beschäftigten in der Krise spürbar eingrenzen.“ (Pressemitteilung der IGBCE, 18.10.22)

Kurz darauf gelingt es auch der IG Metall, „in einer äußerst herausfordernden Zeit ... die Beschäftigten spürbar zu entlasten, Einkommen nachhaltig zu stabilisieren und die Kaufkraft zu stärken. Das heute erzielte Tarifergebnis stützt somit auch die Konjunktur in Deutschland.“ (IG-Metall-Chef Hofmann)

Der Erfolg für ihre Klientel besteht zwar nur

darin, die anstehenden Schäden irgendwie in Grenzen gehalten zu haben. Aber noch nicht mal auf diese bescheidene Leistung wollen die auf ihr gesamt nationales Verantwortungsbewusstsein stolzen Industriegewerkschafter verweisen, ohne sogleich einen Nutzen für die Nation ins Spiel zu bringen. Die gewerkschaftliche Errungenschaft im Speziellen: In Deutschlands Premiübranzen bleibt es nicht bei Einmalzahlungen als Pflaster für auf Dauer gestellte Lohneinbußen, es springen zusätzlich echte Lohnprozente raus. Die nehmen freilich an der „Kriegsinflation“ gar nicht erst Maß. Und ganz gemäß der Logik, wonach alles über die vom Kanzler empfohlenen 3000 Euro hinaus ein *Zugeständnis* der Arbeitgeber ist, erkaufen die Gewerkschaften sich dieses Extra durch weitreichende Zugeständnisse ihrerseits: durch extralange Laufzeiten vor allem, aber auch durch eine „Gesprächsverpflichtung bei Energienotlage“ und die „dauerhafte automatische Differenzierung“, auf die die Metallarbeitgeber seit langem scharf sind, weil die bewährte tarifvertragliche Einrichtung von Lohnkürzungen für Betriebe „in wirtschaftlichen Schwierigkeiten“ immer noch den Schönheitsfehler eines gewerkschaftlichen Mitspracherechts hatte. Dafür dürfen die Gewerkschaften die Zahlen unwidersprochen noch gnadenloser schönrechnen als ohnehin üblich: In der Metallbranche, in der es schon seit Jahren keine Änderungen an den Lohntabellen mehr gegeben hat, bekommen die Beschäftigten ab Juni 2023 – nach dann anderthalb Jahren Hochinflation und 8 Monate nach Laufzeitbeginn – 5,2 Prozent mehr Lohn, dann ab Mai 2024, fünf Monate vor Ende der zweijährigen Laufzeit, noch einmal 3,3 Prozent. Macht in Summe 8,5 Prozent!

So geht's offenbar auch. Man muss den Verhandlungspartnern die Zeiten nicht immer so schwer machen, wenn auf dem Kontinent schwere Zeiten herrschen. ◀

# Letzte Generation, Lützerath – Ein radikaler Aufstand des Gewissens trifft auf das gute Gewissen der Herrschaft

Hat die Letzte Generation recht, wenn sie auf die Klimakatastrophe hinweist, auf deren dramatische Konsequenzen und die Dringlichkeit ihrer Bekämpfung?

Hat sie recht damit, dass die Regierung nicht entsprechend handelt; dass der ganze unter „Klimapolitik“ laufende Umbau der Wirtschaft nicht geeignet ist, das Überschreiten von Kippunkten zu verhindern; dass die Regierung vielmehr mit ihrer Förderung des nationalen Geschäftswachstums laufend zur Zerstörung der globalen materiellen Lebensgrundlagen ihren gewichtigen Teil beiträgt?

Das ist einfach nicht die Frage, am wenigsten für die Letzte Generation selbst. Dass sie recht hat, ist ihr ganzer Ausgangspunkt: Wissenschaftlich ist das keine Frage mehr, gesellschaftlich gibt es keine entscheidende Fraktion, die das noch leugnen würde, keine Partei bis auf die AfD verzichtet auf Klimaschutz in ihrem Programm, und rechtlich sieht sie sich durch das Bundesverfassungsgericht, also letztlich durch die Verfassung selbst bestätigt: „Ob Klimaschutz gemacht wird oder nicht, steht nicht zur Debatte. Das ist durch unser Grundgesetz festgeschrieben.“ (letztegeneration.de/verfassungsbruch) Zugleich wissen ihre Aktivistinnen aus ein paar Jahren Klimaprotesten von ‚Fridays for Future‘ und anderen, dass es ihnen überhaupt nichts bringt, recht zu haben: Die Politik hat ihnen in ihrem Anliegen zur Menschheitsrettung eine praktische Absage nach der anderen erteilt; dazu hat sie sowohl den Willen als auch die Mittel.

## Der Appell im Namen der eingebildeten Verantwortungsgemeinschaft

Die Mitglieder der Letzten Generation weigern sich verbissen, diese Absagen mit einer eigenen Absage an die Machthaber zu beantworten. Die wollen sie auf keinen Fall aus der Verantwortung entlassen. Alle Mittel und Freiheiten der Politik, das gesellschaftliche Produzieren zu definieren und zu modifizieren, deren ganze Macht kennen sie gar nicht anders denn als höhere Pflicht. Das ist für sie die eine Seite der Verantwortungsgemeinschaft, als die sie die Gesellschaft verstehen. Auf der anderen Seite stehen die Bürger, deren Aufgabe darin besteht, verantwortliche Politik mitzutragen. Wenn die Letzte Generation immer wieder feststellen muss: „Denn die Bundesregierung steht in der Verantwortung, unsere Freiheit und unsere Lebensgrundlagen zu schützen... Durch Erkenntnisse aus der Klimaphysik ist es objektiv feststellbar, dass unsere aktuelle Bundesregierung dieser Verantwortung nicht nachkommt“ (ebd.), wenn also die Politik ihrem höchsten denkbaren Auftrag – den Fortbestand der Menschheit zu sichern! – nicht nachkommt, dann kann das in dieser Optik nur an einem liegen: an mangelndem Verantwortungsbewusstsein, aus dem heraus „der Gesellschaftsvertrag gebrochen wurde, weil die Regierung und das reichste 1 Prozent am Kurs der Klimaverwüstung festhält, welcher Milliarden ins Unglück stürzt“ (letztegeneration.de/gesellschaftsrat). Und gemäß derselben Logik bedeutet dieser Mangel an Verantwortung auf der einen Seite die Pflicht zu umso größerem Verantwortungsbewusstsein auf der anderen:

„Auch wir als Bürgerinnen und Bürger dieser Demokratie tragen Verantwortung. Wir erachten es als unsere Pflicht, alles Gewaltfreie zu tun, was in unserer Macht steht, um dieses Unrecht zu beseitigen. Die Vernichtung unserer Lebensgrundlagen einfach hinzunehmen, können wir nicht mit unserem Gewissen vereinbaren.“ (letztegeneration.de/brief-an-die-bundesregierung)

Praktisch ist das ein Eingeständnis ihrer Ohnmacht, die die Politik ihnen in ihren Absagen regelmäßig vorführt. Im Unterschied zu den wirklich Verantwortlichen fehlen der Letzten Generation die Mittel, ihre Verantwortung so zu praktizieren, dass sie ihr Anliegen durchsetzt. Im Unterschied zu manchen anderen Klimabewegten hält sie aber auch den Versuch, die Klimakatastrophe durch individuelles Wohlverhalten abzuwenden, für aussichtslos und eine Ablenkung von der nötigen politischen Wende. Was den Aktivistinnen bleibt, sind allein sie selbst und ihr Wille. Das sehen sie auch so, aber sie ziehen daraus den Schluss: Dann kommt es darauf umso mehr an! So wenig sie die Regierung ihrer Verantwortung entheben wollen, so sehr verbieten sie sich selbst die Resignation. Die Verantwortung zu praktizieren, die die Politik vermissen lässt, sind sie sich als Bürger schuldig. Als Menschen tritt sie ihnen in Form einer zwingenden Instanz gegenüber: als ihr Gewissen. Sie

wird zum verinnerlichten Maßstab ihres ganzen Daseins, dem sich alles andere unterzuordnen hat, von der aktuellen Lebensgestaltung bis zu den langfristigen Berufsplänen. Diese innere Instanz drücken sie häufig an ihrem zukünftigen Ich oder ihren potentiellen Kindern aus, denen gegenüber sie sich in der Zukunft verantworten müssen, wenn die fragen: Was hast du damals getan, um die Katastrophe aufzuhalten?

Was sie selbst so unabdingbar zwingt, das demonstrieren sie, darin besteht ihre Praxis: Sie setzen ihre Person „mit unserem Gesicht und unserem Namen“ (letztegeneration.de/mitmachen/werteprotestkonsens) als Mittel für eine Störung des Alltags ein, was die Demonstration praktizierter Rücksichtslosigkeit gegen sich selbst einschließt. Sie führen vor, dass für jeden gewissenhaften Menschen hinter dem Kampf gegen die Katastrophe alles zurückzustehen hat. Dazu gehört ihre Überzeugung, dass man sich bzw. die Adressaten „emotional mit der Sache verbinden“ muss: „Lassen Sie Milliarden Tote kalt, Herr Scholz?“ (Jeschke, 12.11.21) So sprechen sie die politischen Verantwortungsträger unter den Menschen an: indem sie den Menschen im Verantwortungsträger ansprechen. Sie setzen ein Fanal in der verzweifelten Hoffnung darauf, dass die andere Seite genauso ihr Gewissen entdeckt und ihm genauso ernsthaft gerecht wird wie sie selbst. Dass sie sich zu diesem Positivbeispiel praktizierten Verantwortungsbewusstseins gezwungen sehen, beweist ihnen zugleich deren (bisherige) Gewissen- und Verantwortungslosigkeit.

Das soll durch die Aktionen jedem klar werden. Die Aktivistinnen stellen den Staat mit jeder Klebeaktion, jedem Suppenwurf auf Gemälden, jedem Ausharren auf Baumhäusern usw. vor die Entscheidung: Wie viel Gewalt gegen uns ist euch die Aufrechterhaltung des gewohnten Getriebes wert? Ihr handelt verantwortungslos mit eurer Klimapolitik, wollt ihr euch dazu auch noch offensiv bekennen, indem ihr uns abräumt, die wir für das absolut notwendige und eingesehene Anliegen der Menschheit antreten – unterstrichen durch die Gewaltlosigkeit, die ein eiserner Grundsatz bei den Aktionen ist? <sup>1</sup> Oder leistet ihr endlich die „Vertrauensbeweise“, die wir einfordern, nämlich die Umsetzung von Sofortmaßnahmen wie Tempolimit und 9-Euro-Ticket, die zwar nicht die Katastrophe verhindern, uns aber zeigen würden, dass ihr als Verantwortungsträger auch ein Verantwortungsbewusstsein habt?

Was die Aktivistinnen mit ihren Aktionen zum Dilemma der Regierung machen wollen, das ist ihr eigener Widerspruch: So sehr ihr Protest eine Erklärung tiefsten Misstrauens in die Politik ist, die trotz bekannter und dringlichster Notwendigkeit „nicht handelt“, so sehr wollen sie ihr wieder vertrauen – können:

„Deswegen wollen wir die Menschen in der Bundesregierung nicht besiegen, weder durch Worte noch durch Taten. Wir wollen ihnen die Hand reichen, damit sie ab jetzt ihrer Verantwortung vor der Verfassung nachkommen können.“ (letztegeneration.de/verfassungsbruch)

Jede Polizeiaktion gegen sie, jede Festnahme, Anklage, Verurteilung beweist ihnen – nicht, wie falsch sie mit ihrem Ideal von einer Verantwortungsgemeinschaft, einer Staatsräson namens „Fortbestand und Wohlergehen der Menschheit sichern“ liegen, sondern –, wie sehr die Regierung sich weiterhin an ihrer Verantwortung vergeht, wie richtig sie also mit ihrem Protest liegen. <sup>2</sup>

<sup>1</sup> Der Auftakt zu den Aktionen der Letzten Generation, ein Hungerstreik mit der Forderung, dass die drei Kanzlerkandidaten sich zum Gespräch mit ihnen treffen, machte das explizit: Scholz, der als schon gewählter Bundeskanzler schließlich zwei Aktivistinnen zum öffentlichen Gespräch traf, wurde von ihnen immer wieder dazu aufgefordert, sich zu den Milliarden in Kauf genommenen Klimaflüchtlingen und Klimatoten zu bekennen, die mit seinem Kurs einhergingen.

<sup>2</sup> Die Protestierer lassen deswegen auch nicht locker, sondern greifen zu immer neuen Aktionen, um ihrem Anliegen Nachdruck zu verleihen. Sie wollen immer mehr werden – um einen vielstimmigen Appell an die Regierung zu richten. Sie kleben sich auch im Gericht an – um auch den Rechtsstaat vor Verantwortungslosigkeit zu retten. Sie versprechen Bürgermeistern, ihre Stadt vor Klebeaktionen zu verschonen – wenn die sich zu Mitappellierern machen. Was sich da fortsetzt und zum Teil weiter radikalisiert, ist die beschriebene Logik des vom eigenen Gewissen erzwungenen radikalen Appells an das Gewissen der Mächtigen.

## Die Antwort der wirklichen Verantwortungsträger

Ein aus Ohnmacht geborener Protest, der mit der Vorführung eigenen radikalen Verantwortungsbewusstseins das der Gegenseite aufwecken will, indem er den Alltag stört – wie reagiert darauf der Adressat? Auch für Politik und Rechtsstaat ist es keine Frage, ob die Letzte Generation recht hat, allerdings nicht, weil das – wie für die Aktivistinnen – sowieso außer Frage stünde, sondern weil für sie der Inhalt des Protests einfach keine Rolle spielt. Sie widmen sich in ihren Stellungnahmen wie im praktischen Umgang mit dem Protest allein den Protestformen, zu denen die Letzte Generation greift.

Polizei und Justiz machen ihren Job: In geordneten Verfahren vom inzwischen routinierten und mit einem einheitlichen Preis versehenen Lösen der angeklebten Hände über das Einsammeln von Anzeigen bei den Autofahrern bis zu Ingewahrsamnahme und Gerichtsverfahren subsumieren sie den Protest unter die Kategorien des Rechts, behandeln die Aktivistinnen einzig als unerlaubte Störung und haben naturgemäß mit dem Inhalt von deren Anliegen, dem die durch ihre Störung Nachdruck verleihen wollen, nichts zu schaffen.

Die politische Debatte stellt klar, dass moralische und rechtliche Berechtigungstitel und schon gar wissenschaftliche Erkenntnisse nicht die Agenda bestimmen. Das geht zum Beispiel so:

„Anpacken statt ankleben. Das wäre ja mein Motto, sagte Giffey. ‚Der Fachkräftemangel ist eine riesige Herausforderung. Man habe zwar Geld für erneuerbare Energien, aber es brauche zum Beispiel Solarinstallateure, um Photovoltaik-Anlagen auf die Dächer zu bekommen.“ (2.12.22 vor IHK Berlin-Brandenburg)

Giffey wirft den Aktivistinnen in fröhlicher Machermanier vor, dass sie gar nichts gegen – den Fachkräftemangel tun! Als wäre der Grund für die Lücke, die die Letzte Generation zwischen Klimakatastrophe und Klimapolitik sieht, Machtvoll gegen den Klimawandel zu kämpfen heißt Giffey zufolge, sich am Wandel der deutschen Wirtschaft zu beteiligen.

Wer da nicht Ruhe gibt und direkt eine Ausbildung anfängt, für den hat eine andere Berlinerin weniger konstruktive Vorwürfe in petto:

„Ich will, dass wir in der Sache weiterkommen, aber seit Tagen diskutieren wir, ob Kartoffelbrei an Kunstwerken eine geeignete Demonstrationsform ist... Damit habe es die Gruppe in die ‚Tagesschau‘ geschafft... Aber geändert hat sich dadurch nichts.“ (Künast im STERN, 9.11.22)

Die Frau ist gut: Sie widmet sich von vornherein nur der Aktionsform und behauptet glatt, dass sie dadurch vom Weiterkommen „in der Sache“ abgehalten werde. Dass sie und ihre Kollegen aus den Regierungsfractionen, also die Leute mit Macht, nichts geändert haben, macht sie den Demonstranten zum Vorwurf. Wie die „Sache“ stattdessen nur vorankommt, das erklärt der Klimaminister:

„Aber am Ende braucht ein politisches Ziel in einer Demokratie eine Mehrheit. Und dabei helfen Protestformen, die verärgern, nicht wirklich... Hier erleben wir eine Radikalisierung der Wenigen. Das ist schlecht... Wer Klimapolitik aus einer Minderheitenposition heraus betreiben muss, hat schon verloren.“ (Habeck im STERN, 1.12.22)

Habeck erinnert die Beschwerdeführer der Letzten Generation daran, dass „Vernunft“, „Wissenschaft“ und moralisches Recht, ja sogar die Berufung auf die Verfassung schön und gut sind, dass aber die machtvolle Durchsetzung von Anliegen mit diesen Kriterien nichts zu tun hat. Sondern mit „Mehrheit“. Man sieht es ja an ihm: Wenn man qua Mehrheit gewählt ist, ist man zur Definition dessen berufen, was das Mehrheitsinteresse ist, also durchgesetzt gehört – und wenn nicht, hat man verloren. Diese Handlungsfreiheit der Regierung kann ein Klimaminister und Vizekanzler auch, ohne rot zu werden, umgekehrt ausdrücken: Er präsentiert sich als Abhängiger von den Mehrheiten, als gäbe die ihm seine Politik vor.

Die zweite Hälfte der politischen Reaktionen streicht am Protest vor allem das Moment des Verstoßes gegen die Sitten der Demokratie heraus:

„Wir sind die Klimaschutz-Partei, und wir sind froh um jede Art der Proteste, die friedlich verlaufen

und gewaltfrei verlaufen und auch niemanden bedrohen. Das ist immer Rückenwind für uns und unsere Arbeit und unsere Politik... In dem Augenblick, in dem kritische Infrastruktur angegangen wird, in dem Menschen bedroht werden und in dem Ultimaten ausgesprochen werden, hat das mit Demokratie nicht mehr viel zu tun.“ (Nouripour, 21.2.22)

Nouripour hat für Protest zwar einiges übrig – aber nur, wenn der ihm erlaubt, ihn als Rückenwind für die Politik zu vereinnahmen, gegen die der Protest sich richtet. Sich als Gegenwind zur Klimapolitik der grünen Machtinhaber zu betätigen, ist völlig widersinnig und antidemokratisch, weil, so seine Klarstellung, die Wahrnehmung ihrer Verantwortung genau in der Politik besteht, die sie machen. Jeder Versuch, etwas anderes auch nur zu fordern, fällt mit seinen Störaktionen daher unter das Verdikt „nicht gewaltfrei“ und ist damit disqualifiziert.

Das bringt auch der altersweise Protestfachmann aus dem Südwesten auf den Punkt:

„Protest darf nicht eine Änderung in der Sache als Ziel haben, sondern nur den Appell dazu.“ (Kretschmann, 8.11.22)

Da machen die Aktivistinnen der Letzten Generation seit einem Jahr nichts anderes, als zu appellieren: schreiben Briefe an die Bundesregierung, dass sie doch bitte endlich ein Zeichen des Zuhörens geben möge, sind traurig, die Autofahrer stören zu müssen, – und Kretschmann entdeckt am Sekundenkleber an ihren Händen, dass es ihnen auf ihren Appell auch wirklich ankommt. Der Protest hat sich mit seiner ihm demokratisch zugewiesenen Ohnmacht einfach abzufinden. Schilder hochhalten, sich als Rückenwind vereinnahmen lassen, das lassen die politisch Zuständigen sich gerne gefallen, aber die Störung stört nicht nur, sie gehört sich einfach nicht, ist ein Anschlag auf ihre Handlungsfreiheit.

Für die oppositionelle Partei der Schutzherren von Recht, Ordnung und deutschen Autofahrern ist mit dieser moralischen Kriminalisierung der Bewegung die Lage längst nicht erfasst, die doch mindestens dem Deutschen Herbst nahekommt:

„Es ist beunruhigend, wie die Anhänger der sogenannten ‚Letzten Generation‘ immer militanter werden. Vor allem die Grünen stehen jetzt in der Pflicht, sich klar von den Straßenklebern zu distanzieren und zu einer Deradikalisierung beizutragen.“ (CDU-Generalsekretär Czaja, 4.11.22) „Es findet eine Radikalisierung statt, und zwar sehr schnell. Das ist keine friedliche Protestaktion, denn es wird Gewalt angewendet, und zwar auf die Autofahrer, die in Geiselnhaft genommen werden.“ (Alexander Throm, innenpolitischer Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion, 10.11.22) „Es braucht deutlich härtere Strafen für Klima-Chaoten, um einer weiteren Radikalisierung in Teilen dieser Klimabewegung entgegenzuwirken und Nachahmer abzuschrecken. Die Entstehung einer Klima-RAF muss verhindert werden.“ (Dobrindt, 6.11.22)

Ausgerechnet den angeblich gewalttätigen Charakter, den die Grünen selber im Protest entdecken, um ihn damit zu diskreditieren, machen Dobrindt und Co, nicht ohne ihn bis zum Terror hochzustilisieren, denen zum Vorwurf: Die bilden mit ihrer Klimapolitik den Nährboden für solche Auswüchse, und die Opposition kümmert sich mal wieder als Einzige darum, deren Ausbreitung zu verhindern. So wird der Protest der Letzten Generation auch noch zum Berufungstitel der C-ler für deren Einspruch gegen das klimapolitische Ethos der Regierung im Allgemeinen und die Grünen im Besonderen, die sie auch ganz ohne Klimaaktivisten schon immer für eine ideologiegetriebene Verbotspartei halten. Das hat mit dem Anliegen der Letzten Generation wirklich nichts mehr zu tun, verleiht ihm aber wenigstens einen guten demokratischen Sinn. ◀